Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT
UND WEINBAU

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten
Herrn Marco Weber, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/5878
VORLAGE

DER MINISTER
Dr. Volker Wissing
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2201
Telefax 06131 16-2170
poststelle@mwvlw.rlp.de
www.mwvlw.rlp.de

13. Dezember 2019

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten am 27. November 2019
TOP 11 E-Mobilität in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 17/5691

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der vorgenannte Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten am 27. November 2019 mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt. Gemäß diesem Beschluss berichte ich wie folgt:

Die Elektromobilität wird gemeinsam mit anderen Antriebsformen eine wichtige Rolle in der Mobilität der Zukunft spielen. Voraussetzung für den Einsatz der Elektromobilität ist eine ausreichende Anzahl an Lademöglichkeiten. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass die Nutzung regenerativer Energiequellen sowohl für das Laden der Fahrzeuge aber auch verstärkt beim Produktionsprozess der Fahrzeuge, speziell bei der Zellenfertigung, unabdingbar ist.

Förderungen

Die Verkehrswende, hin zu Fahrzeugen mit alternativer Antriebstechnik, ist eine nationale Aufgabe, die ohne Unterstützung des Bundes allein schon aus finanziellen Gründen nicht in nennenswertem Umfang getragen werden könnte. Bei der Förderung der Beschaffung von Elektrofahrzeugen und bei dem Aufbau der Ladeinfrastruktur ist daher zunächst der Bund gefordert.

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU

Der Bund hat folgerichtig eine Vielzahl von Förderprogrammen geschaffen, viele davon können auch von den Kommunen genutzt werden, z. B.:

- BMVI: Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland
- BMWI: Umweltbonus (Kaufprämie für E-Fahrzeuge)
- Bundesregierung: Sofortprogramm „Saubere Luft 2017–2020"

Es gab ab dem 19. August 2019 wieder einen Förderaufruf für die Förderung der Ladeinfrastruktur, Einreichschluss war der 30. Oktober 2019. Mit diesem Aufruf sollten bundesweit rund 5.000 Normalladepunkte mit einer Leistung von mindestens 3,7 kW und maximal 22 kW sowie rund 5.000 Schnellladepunkte mit einer Mindestladeleistung von 50 kW in Deutschland gefördert werden, unter besonderer Berücksichtigung touristischer Gebiete. Daneben wird der Netzanschluss gefördert.

Die Erfahrung in Rheinland-Pfalz hat gezeigt, dass die Information der relevanten Entscheidungsträger und potentiellen Fördermittelempfänger über Fördermöglichkeiten des Bundes und die konkrete Beratung in Bezug auf die Antragstellung im Rahmen der jeweiligen Förderaufrufe sehr wichtig und zielführend ist. Die Energieagentur Rheinland-Pfalz spielt hier eine sehr wichtige Rolle. Das Ziel ist hierbei, dass Akteure aus Rheinland-Pfalz möglichst viel von den Bundesfördergeldern profitieren und damit Batteriefahrzeuge leichter beschaffen können. Dies ist Rheinland-Pfalz bisher sehr gut gelungen.

Zahlen zu alternativer Mobilität und Ladeinfrastruktur in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz waren am 1. Januar 2019 (letzte verfügbare Zahlen) 3.482 Elektrofahrzeuge (BEV) und 15.524 Hybridfahrzeuge (HEV), davon 2.841 Plug-in-Hybride (PHEV) zugelassen (Quelle KBA), dies bedeutet eine Steigerung um ca. 57 bzw. 43 % im Vergleich zum Vorjahr. Am 1. Januar 2010 waren es zum Vergleich nur 68 Elektrofahrzeuge bzw. 1.182 Hybridfahrzeuge.

Im Jahr 2018 wurden bis zum 31. Dezember 987 Anträge für BEV und 710 Anträge für PHEV im Rahmen des Umweltbonusprogramms der Bundesregierung in Rheinland-Pfalz gestellt (Quelle jeweils BAFA). Im Jahr 2019 waren es bis zum 30. September 2019 bereits 1.845 BEV, 656 PHEV und vier Brennstoffzellenfahrzeuge (FCEV), damit liegt Rheinland-Pfalz im oberen Mittelfeld von Deutschland auf Platz sechs, besser sind nur Bundesländer mit eigenen PKW-Produktionsstätten (NRW, BW, BY, NDS, HE).

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU

Auch bei den Ladesäulen ergibt sich ein immer erfreulicheres Bild. Waren es im Januar 2017 nach Angaben der Bundesnetzagentur 187 Ladepunkte (156 Normalladepunkte und 31 Schnellladepunkte), so waren es knapp zweieinhalb Jahre später im Oktober 2019 bereits 961 Ladepunkte (751 Normalladepunkte und 210 Schnellladepunkte). Damit liegen wir im Bundesländervergleich auf Platz sieben, bei den Schnellladepunkten sogar auf Platz vier (Normalladepunkte Platz neun).

Unberücksichtigt bleiben dabei aber zum Teil die Ladesäulen, die durch das Bundesprogramm zur Förderung der Ladeinfrastruktur in den nächsten Monaten errichtet wurden bzw. werden. Im Rahmen der Auswertung der Ergebnisse der ersten drei Ausschreibungen ist der Anteil der erfolgreichen Antragsteller aus Rheinland-Pfalz sehr erfreulich (901 Normalladepunkte und 247 Schnellladepunkte bewilligt).

Neben diesen Ladepunkten existieren noch zahlreiche nicht öffentliche Ladepunkte bei Unternehmen (z. B. Autowerkstätten) und privaten Personen.

Aktivitäten der Bundesregierung/Masterplan Ladeinfrastruktur

Die Zahl der zugelassenen Elektrofahrzeuge verlief bundesweit anfangs teilweise schleppend. In letzter Zeit konnten aber höhere Zulassungszahlen beobachtet werden, da vermehrt vollwertige Elektrofahrzeuge auf den Markt kommen, auch von deutschen Herstellern.

In letzter Zeit kann generell beobachtet werden, dass es bedingt auch durch das vorgestellte Klimaschutzpaket der Bundesregierung zu verstärkten Aktivitäten und Ankündigungen von weiteren Förderaktivitäten gekommen ist. Beispielhaft seien hier der „Wasserstoffgipfel" am 5. November 2019, die partielle Erhöhung des Umweltbonus auf bis zu 6.000 Euro je Fahrzeug (Autogipfel) oder der Masterplan Ladeinfrastruktur genannt.

Bekannte Eckpunkte und ihre geplante Umsetzung in Rheinland-Pfalz:

- In den nächsten zwei Jahren sollen in Deutschland 50.000 öffentlich zugängliche Ladepunkte errichtet werden. Die Automobilwirtschaft wird bis 2022 15.000 öffentliche Ladepunkte beisteuern.
    - Rheinland-Pfalz unterstützt die Aktivitäten bereits jetzt durch die Lotsenstelle Alternative Antriebe der Energieagentur Rheinland-Pfalz mit Förderung durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Ministeriums für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten (MUEEF)

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU

und diverse Forschungsvorhaben und Studien, die sich mit dem Thema Ladesäuleninfrastruktur beschäftigen (z. B. Projekte Tankstelle 2.0 und 2.1 der TU Kaiserslautern durch das MUEEF gefördert).

- Zusätzlich zum beschleunigten Aufbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur sollen 2020 erstmals 50 Millionen Euro für private Lademöglichkeiten zur Verfügung stehen.
- Um Elektromobilität attraktiver zu machen, sollen verstärkt Ladepunkte an Kundenparkplätzen gefördert. Ein Aufruf dazu wird im Frühjahr 2020 starten.
    - Rheinland-Pfalz begrüßt diese Schritte. Auch hier wird die Lotsenstelle Alternative Antriebe beratend zur Seite stehen und die Bürger, Kommunen und Unternehmen bei der Fördermitteleinwerbung aktiv unterstützen.
- Durch eine Versorgungsauflage soll zudem geregelt werden, dass an allen Tankstellen in Deutschland ebenfalls Ladepunkte angeboten werden.
    - Hier gilt es, die genaue Ausgestaltung zu betrachten und entsprechende unterstützende Schritte einzuleiten. Wichtig dabei ist, dass die Pächter und Betreiber der Tankstellen aktiv eingebunden werden, da gerade für viele Pächter von kleinen Tankstellen der Umsatz zurückgeht und immer größere Anteile der Umsätze aus dem Geschäft mit Dienstleistungen und Verkauf von Artikeln, die nicht dem Treibstoffsortiment zuzuordnen sind, lukriert werden.
- Für den koordinierten Aufbau der Ladeinfrastruktur soll noch 2019 eine „Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur" errichtet werden. Diese soll sicherstellen, dass jedes E-Fahrzeug vor Ort über eine nutzerfreundliche Infrastruktur verfügt.
    - Der Schritt wird begrüßt, es gilt aber, regionale Aspekte ausreichend zu berücksichtigen. Rheinland-Pfalz wird mit der Leitstelle im Rahmen der üblichen Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund kooperieren. Auch hier kann die Lotsenstelle helfen. Ergebnisse entsprechender Forschungsvorhaben in Rheinland-Pfalz werden der Leitstelle gerne zur Verfügung gestellt.

Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU

- Die Automobilindustrie strebt nach Angaben der Bundesregierung die Errichtung von 100.000 Ladepunkten auf ihren Betriebsgeländen und dem angeschlossenen Handel bis 2030 an.
- Die Energiewirtschaft hat nach Angaben der Bundesregierung ebenfalls Anstrengungen angekündigt und soll noch 2019 mit den zuständigen Ministern zusammenkommen.
    - Diese Aktivitäten werden als sehr wichtig angesehen. Sowohl der intelligente Ausbau der Verteilnetze als auch die Unterstützung des Ausbaus durch die Fahrzeughersteller, aber natürlich auch eine wettbewerbsfähige und innovative deutsche Fahrzeugindustrie sind essentiell für den weiteren Erfolg und die wirtschaftliche Prosperität unseres Landes. In Rheinland-Pfalz ist die Landesregierung bereits heute in einem intensiven Austausch mit der Industrie und den Energieversorgern und unterstützt die Aktivitäten, sei es z. B. über die Initiative „We move it" oder das Commercial Vehicle Cluster CVC einerseits und andererseits z. B. im Rahmen der Expertenbeiräte bei den Forschungsprojekten Tankstelle 2.0 und 2.1. oder in kontinuierlichen Gesprächen der Ressorts mit Vertretern der Unternehmen, wie z. B. im Energiebeirat.
- Die Ladesäulenverordnung soll bis zum Sommer 2020 überarbeitet werden. Darin soll aufgenommen werden, dass beim Aufbau von öffentlichen Ladepunkten aus Gründen der Interoperabilität sicherzustellen ist, dass eine Schnittstelle vorhanden ist, die genutzt werden kann, um Standortinformationen und dynamische Daten wie den Belegungsstatus zu übermitteln. Die Bundesregierung strebt an, Authentifizierung, Bezahlsysteme und Roaming besser im Sinne des Verbrauchers zu regeln.
- Im September 2019 hat das BMVI die Webseite des StandortTOOL veröffentlicht. Die öffentlich verfügbare Version soll den zusätzlichen Ladebedarf für die Jahre 2022 und 2030 zeigen. Das Planungswerkzeug StandortTOOL soll dem BMVI, aber auch Kommunen, Ladesäulenbetreiber und Investoren, als Planungsgrundlage u. a. für den bedarfsgerechten Ausbau von öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur insbesondere in der Fläche bis in das Jahr 2030 dienen.

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT
UND WEINBAU

- Das angekündigte StandortTOOL des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur wird begrüßt. Durch das Forschungsprojekt Tankstelle 2.0 konnten bereits 2018 in Rheinland-Pfalz entsprechende Erfahrungen gesammelt werden. Die Ergebnisse werden dem Bund gerne zur Verfügung gestellt.

- Für einen koordinierten und effektiven Aufbau von Ladeinfrastruktur in Kommunen kann nach Ansicht der Bundesregierung ein sog. Elektromobilitätsmanager von großem Nutzen sein. Er soll den Kommunen Unterstützung und Hilfe beim Aufbau von Ladeinfrastruktur anbieten. So kann nach Ansicht der Bundesregierung das Wissen hinsichtlich Genehmigungsprozessen und Technik gebündelt werden; der Manager kann die Weiterleitung von einschlägigen Informationen und Handreichungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen übernehmen. Gesteckte Ziele könnten so leichter erreicht und Fehlinvestitionen verringert werden. Die Bundesländer werden gebeten, den Bedarf an EM-Managern bis April 2020 zu skizzieren und entsprechende Stellen zu schaffen. Das BMVI bietet an, über die Leitstelle die Ausbildung der Manager als Multiplikatoren durch entsprechende Wissensvermittlung zu übernehmen. Die Verbände der Energiewirtschaft werden die Leitstelle darin unterstützen.

  - Entsprechende „Elektromobilitätsmanager" gibt es in Rheinland-Pfalz bereits seit mehr als zwei Jahren durch die u. a. Lotsenstelle Alternative Antriebe. Aber auch die Klimaschutzmanager in den Kommunen helfen hier tatkräftig mit. Die Idee der Bundesregierung, dass hier die Finanzierung der „Elektromobilitätsmanager" durch die Länder alleine erfolgen soll, wird kritisch gesehen. Weitere Elektromobilitätsmanager über die Lotsenstelle hinaus, sollten analog zu den Klimaschutzmanagern vom Bund zumindest teilweise übernommen werden. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung sich hier alleine auf die Position des Schulungsanbieters zurückzieht.

- Um den Aufbau von Ladeinfrastruktur in Mehrfamilienhäusern (Mietshäuser und Wohnungseigentumsgemeinschaften) zu vereinfachen, plant das BMJV noch im Jahr 2019 einen Gesetzesentwurf vorzulegen, mit dem das Miet- und Wohnungseigentumsrecht überarbeitet wird. Wichtig soll dabei sein, dass der Mieter vom Vermieter die Erlaubnis zum Einbau von

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU

Ladeinfrastruktur verlangen kann und nur eingeschränkte Weigerungsrechte des Vermieters bestehen. Änderungen am Wohnungseigentumsgesetz sollen bewirken, dass dem Wohnungseigentümer ein Anspruch auf Einbau einer Ladeeinrichtung eingeräumt wird, gegen den sich die übrigen Wohnungseigentümer nur unter engen Voraussetzungen verwehren können sollen. Die Umsetzung soll bis Ende 2020 erfolgen.

- Diese Forderung wird unterstützt. Der entsprechende Entwurf wird seit Jahren von den Ländern gefordert. Hier gilt es die entsprechende endgültige Ausarbeitung abzuwarten, um ggf. noch notwendige Änderungen einbringen zu können.

Ich bin überzeugt, die Elektromobilität ist ein wichtiger Baustein der Mobilität der Zukunft. Neben der Elektromobilität und der Nutzung von Brennstoffzellen, werden aber auch Fahrzeuge mit einem Benzin-, Diesel- oder Erdgasantrieb mit entsprechenden Abgasreinigungssystemen noch für einen längeren Zeitraum eine große Rolle spielen. Perspektivisch können synthetische Kraftstoffe (z. B. Power-to-Gas oder Power-to-Liquid) helfen, für spezielle Anwendungsfälle, eine bessere Klimabilanz zu erreichen. Gleichzeitig müssen vorhandene Potentiale zur Steigerung der Energieeffizienz der Fahrzeuge gehoben werden. Die Herausforderung besteht darin dies auch international wettbewerbsfähig darstellen zu können bei gleichzeitiger hoher Kundenakzeptanz.

ÖPNV, der (E-)Fahrradverkehr und verschiedene Formen werden zukünftig an Bedeutung gewinnen. Gemeinsames Ziel aller Aktivitäten ist es, die Mobilität der Zukunft zu schaffen und gleichzeitig den Industriestandort Deutschland zu stärken.

Auch das Land hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 seine Behörden, die Fahrzeuge des Landes und die Dienstreisen in der Gesamtbilanz klimaneutral zu organisieren. Dies soll in erster Linie durch die Einsparung von Rohstoffen und Energie sowie die Nutzung erneuerbarer Energien erreicht werden. Die „Leitlinie für die Elektromobilität in der Landesverwaltung Rheinland-Pfalz" ist dabei ein wesentlicher Schritt zur Zielerreichung. Damit stärken wir die klimafreundliche Mobilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Leitlinie wurde Anfang September 2019 im Ministerrat beschlossen.

Bei Neubauten und Gebäudesanierungen der Landesverwaltung verpflichtet sich die Landesregierung, bei jedem fünften Parkplatz zumindest eine Leerverrohrung für eine

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT
UND WEINBAU

spätere Lademöglichkeit für E-Autos sicherzustellen. Die benötigte Energie soll vorzugsweise aus selbst erzeugtem Strom bereitgestellt werden, der durch Photovoltaikanlagen eingespeist wird. Auch bei Bestandsgebäuden sollen diese Infrastrukturmaßnahmen nach Möglichkeit sukzessive umgesetzt werden. Mit der Elektromobilitäts-Leitlinie wird auch der Ausbau der Photovoltaik gestärkt.

Um die Fahrzeuge des Landes und die Dienstreisen in der Gesamtbilanz künftig klimaneutral zu organisieren, sollen Dienstwagen zudem ressortübergreifend bereitgestellt und die Anschaffung von E-Autos erleichtert werden. So minimieren wir den Bedarf an Dienstfahrzeugen und setzen gleichzeitig auf eine klimafreundlichere Mobilität.

Der kürzlich vorgelegte Masterplan Ladeinfrastruktur der Bundesregierung hilft, die Elektromobilität weiter voranzutreiben. Er stellt aber nur einen ersten Schritt dar, weitere müssen folgen, um erfolgreich zu sein. Rheinland-Pfalz hat seine Hausaufgaben gemacht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Volker Wissing